

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 22. Juni 1983
am Donnerstag, dem 23. Juni 1983

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann (CDU/CSU)	95, 96	Dr. Hupka (CDU/CSU)	2, 44
Bachmaier (SPD)	111, 112	Immer (Altenkirchen) (SPD)	30, 86
Frau Dr. Bard (DIE GRÜNEN)	89, 110	Jaunich (SPD)	14
Becker (Nienberge) (SPD)	66, 67	Kirschner (SPD)	101, 102
Dr. Blank (CDU/CSU)	57	Kißlinger (SPD)	26, 27
Bohl (CDU/CSU)	13, 68	Dr. Klejdzinski (SPD)	113, 114
Carstensen (CDU/CSU)	87, 88	Krizsan (DIE GRÜNEN)	16, 17
Catenhusen (SPD)	116, 117	Dr. Kunz (Weiden) (CDU/CSU)	18, 19
Collet (SPD)	72, 73	Dr. Lammert (CDU/CSU)	34
Dr. Czaja (CDU/CSU)	41, 42	Dr. Laufs (CDU/CSU)	37
Frau Dr. Czempiel (SPD)	106, 107	Lenzer (CDU/CSU)	5, 6
Delorme (SPD)	33	Lutz (SPD)	94
Drabiniok (DIE GRÜNEN)	50, 51	Menzel (SPD)	10, 11
Dr. Enders (SPD)	71, 115	Michels (CDU/CSU)	69, 70
Fellner (CDU/CSU)	55, 56	Dr. Miltner (CDU/CSU)	53, 54
Frau Fuchs (Verl) (SPD)	32	Milz (CDU/CSU)	59
Gansel (SPD)	77, 78	Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	28, 29
Gerstl (Passau) (SPD)	23, 24	Frau Nickels (DIE GRÜNEN)	81, 109
Grobecker (SPD)	62, 63	Pauli (SPD)	31, 43
Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP)	79, 80	Poß (SPD)	12
Dr. Hauchler (SPD)	20, 103	Reents (DIE GRÜNEN)	47, 48
Frau Dr. Hickel (DIE GRÜNEN)	9, 93	Reimann (SPD)	75, 76
Dr. Hirsch (FDP)	8	Schartz (Trier) (CDU/CSU)	90, 91
Hoss (DIE GRÜNEN)	99, 100	Schily (DIE GRÜNEN)	1

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Schwenninger (DIE GRÜNEN)	82, 83	Toetemeyer (SPD)	45, 46
Sielaff (SPD)	39, 40	Verheyen (Bielefeld) (DIE GRÜNEN)	49, 108
Dr. Soell (SPD)	35, 36	Waltemathe (SPD)	64, 65
Dr. Sperling (SPD)	4, 58	Wartenberg (Berlin) (SPD)	60, 61
Dr. Freiherr Spies von Bülsesheim (CDU/CSU)	21, 22	Weinhofer (SPD)	92
Graf Stauffenberg (CDU/CSU)	52	Weisskirchen (Wiesloch) (SPD)	15
Dr. Steger (SPD)	38, 74	Frau Weyel (SPD)	7
Stiegler (SPD)	3, 25	Wimmer (Neuss) (CDU/CSU)	104, 105
Stutzer (CDU/CSU)	84, 85	Frau Zutt (SPD)	97, 98

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	8
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	8
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	10
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	15
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	17

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordneter
Schily
(DIE GRÜNEN) Beauftragt die Bundesregierung über das Presse- und Informationsamt Presseunternehmen mit der Erstellung von Berichten und Kommentaren zur Politik der Bundesregierung?
2. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Werden die in der Bundesrepublik Deutschland erscheinenden türkischen Zeitungen von sprachkundigen Mitarbeitern der Bundesregierung dienstlich gelesen, und gab es bejahendenfalls Veranlassung, auf Grund der in der Bundesrepublik Deutschland zusätzlich in diese Zeitungen aufgenommenen Nachrichten, Berichte und Artikel, Protest einzulegen und Berichtigungen zu verlangen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

3. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Entschädigungen für Zeugen und Sachverständige erheblich hinter der Lohn- und Kostenentwicklung und hinter der Entschädigung für vom Staat beauftragte Sachverständige herhinkt, und wird die Bundesregierung, eventuell unter Aufgabe des Entschädigungsprinzips, demnächst eine Novellierung des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen vorlegen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

4. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Wie hoch ist der Beschäftigungseffekt von 100 Millionen DM öffentlicher Mittel, die für die Durchführung verkehrsberuhigender Maßnahmen ausgegeben werden, im Vergleich zum Beschäftigungseffekt der gleichen Summe, wenn sie für den Bau von Fernstraßen ausgegeben wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

5. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung für ihren Verantwortungsbereich aus der französischen Überlegung, die nächste Generation von Schnellbrüterreaktoren sicherheitstechnisch durch Standardisierung und Umrüstung einfacher und übersichtlicher bei voller Wahrung des Sicherheitsstandards zu gestalten und auf diese Weise günstigere Kosten zu erzielen?
6. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Ist an eine Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an diesen Initiativen des französischen CEA gedacht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

7. Abgeordnete
Frau
Weyl
(SPD) Liegen der Bundesregierung bis heute statistische Unterlagen über das Angebot an Ausbildungsplätzen vor, die sicherstellen, daß die im März von ihr angekündigten 685 000 Ausbildungsplätze bei Beginn des Ausbildungsjahrs 1983 zur Verfügung stehen, und gibt es Anzeichen über regionalen Fehlbedarf?
8. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) Ist die Bundesregierung bereit, im Zusammenwirken mit den Ländern sicherzustellen, daß für ausländische Studierende die Zulassungsbescheide der Hochschulen und die Erteilung der Einreisevisa zeitlich so aufeinander abgestimmt werden, daß nicht die Hochschulzulassung erlischt, bevor das Einreisevisum erteilt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

9. Abgeordnete
Frau
Dr. Hickel
(DIE GRÜNEN) Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach Stellungnahmen von Fachleuten der Weltgesundheitsorganisation Röntgenreihenuntersuchungen nach § 47 des Bundes-Seuchengesetzes eine Quelle künstlicher Strahlenbelastung darstellen, die vom Standpunkt der Wissenschaftler heute nicht mehr zu rechtfertigen ist, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun, daß Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes bei Weigerung, an diesen Untersuchungen teilzunehmen, mit Disziplinarmaßnahmen belangt werden?
10. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Ist das Vorgehen der Frankfurter Ferrero OHG, die nach Pressemeldung (Verbraucher aktuell, Nr. 6, 3. Jahrgang) über 80 Kinder als Testperson benutzte, um die Wirkung ihrer Nougatcreme „Nutella“ zu untersuchen, nach bundesrechtlichen Vorschriften rechtens, und wenn ja, sieht die Bundesregierung einen Anlaß für eine Rechtsänderung oder -ergänzung?
11. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um zu verhindern, daß Kinder — ohne Not — zu Forschungszwecken gebraucht werden?
12. Abgeordneter
Poß
(SPD) Trifft es zu, daß die falschen Bescheide über Kindergeldleistungen, deren Zahl nach Aussage des Finanzministers von Nordrhein-Westfalen, Dr. Posser, allein in Nordrhein-Westfalen 1983 in die Hunderttausende gehen soll, darauf zurückzuführen ist, daß das Kindergeldgesetz verwaltungstechnisch höchst unzulänglich ist, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
13. Abgeordneter
Bohl
(CDU/CSU) Wann ist mit dem Erlaß einer Ausbildungsordnung für Arzthelferinnen nach § 25 des Berufsbildungsgesetzes zu rechnen?

14. Abgeordneter
Jaunich
(SPD) Aus welchen Gründen hat der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit veranlaßt, den früheren Präsidenten des Bundesgesundheitsamts, Professor Dr. Fülgraff, der vom Bundesgesundheitsamt als einer der Redner des Festsymposiums aus Anlaß der Einweihung des Instituts für Arzneimittel des Bundesgesundheitsamts am 24. Juni 1983 eingeladen war, wieder auszuladen, obwohl gerade unter seiner Amtszeit das Institut gegründet und das einzuweihende Gebäude geplant und gebaut wurde?
15. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Dr. Geißler, daß der Pazifismus Auschwitz erst möglich gemacht habe?
16. Abgeordneter
Kriszan
(DIE GRÜNEN) Was unternimmt die Bundesregierung zur Bekämpfung und Erforschung der neuerdings auch in Europa und der Bundesrepublik Deutschland auftretenden Krankheit „Acquired Immune Deficiency Syndrome“ (AIDS) sowie deren Folgeerkrankungen „Kaposi-Sarkom“ (KS), „Pneumocystis carinii“ (PC) u. a.?
17. Abgeordneter
Kriszan
(DIE GRÜNEN) Was kann die Bundesregierung gegen die Diskriminierung von Gruppen, die von dieser Krankheit betroffen sind, tun?
18. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die vom Bundesrat und unter anderem auch von der Deutschen Brauwirtschaft zum Ausdruck gebrachte Befürchtung, daß dadurch, daß in Artikel 1 Nr. 6 des Richtlinienvorschlages des EG-Ministerrats zur Änderung der Richtlinie 79/112/EWG (EG-Dok. 10211/82) für jedes zur Bierherstellung verwendete, nichtgemälzte Getreide nicht die spezifische Bezeichnung vorgeschrieben, sondern der Oberbegriff „nichtgemälztes Getreide“ oder „nichtgemälzte Getreidemischung“ für zulässig erklärt wird, die ausländischen Brauer in der Gemeinschaft, die ihr Bier abweichend vom Reinheitsgebot nicht ausschließlich aus Malz, sondern mit Reis, Mais, Maisgritz und dergleichen herstellen, dies nicht offenlegen müssen, sondern sich hinter den wenig besagenden vorstehend genannten allgemeinen Bezeichnungen verbergen können?
19. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, bei den weiteren Verhandlungen mit Nachdruck auf eine Regelung hinzuwirken, derzufolge im Zutatenverzeichnis für Bier das ungemälzte Getreide (Rohfrucht) mit seiner jeweiligen spezifischen Bezeichnung (z. B. Reis oder Mais) anzugeben ist, da die Klassenbezeichnungen „nichtgemälztes Getreide“ oder „nichtgemälzte Getreidemischungen“ dem Informationsbedürfnis des Verbrauchers nicht gerecht werden?
20. Abgeordneter
Dr. Hauchler
(SPD) Wie hoch schätzt die Bundesregierung die zusätzlichen jährlichen finanziellen Belastungen, die den Gemeinden und Landkreisen im Rahmen der Sozialhilfe durch die Begleitgesetze zum Bundeshaushalt 1983 und die geplanten sozialen Kürzungen für 1984 entstehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

21. Abgeordneter
**Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim**
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung es für mit ihren allgemeinen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen vereinbar, daß die Bundesbahndirektion Köln Leistungen zum dreigleisigen Ausbau der Ost-West-S-Bahn Düsseldorf und auf der Strecke Wuppertal-Schwelm mit einem Auftragswert von jeweils über 100 oder mehreren hundert Millionen DM, deren Ausführung sich zudem über mehrere Jahre erstreckt, in Großlosen vergeben will und die Aufträge dadurch auch für große mittelständische Bauunternehmen von vornherein unerreichbar bleiben?
22. Abgeordneter
**Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim**
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Ausschreibungen aufheben zu lassen, oder akzeptiert sie ohne nähere Prüfung die allgemeine Darlegung der Deutschen Bundesbahn, die Vergabe der Arbeiten an z. B. 18 Brücken, der Umbau von drei Haltepunkten, die Erstellung von vier P+R-Anlagen und Tiefbauarbeiten für 35 Kilometer Gleis sei aus technischen, wirtschaftlichen und bahnbetrieblichen Gründen in einem Großlos erforderlich und dies trage trotz der Einschränkung des Anbieterkreises zur Verbilligung der Baumaßnahme bei?
23. Abgeordneter
**Gerstl
(Passau)**
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit von Nebenbahnstrecken bei Bundesbahndirektionen erhebliche Zweifel aufgekomen sind, ob die bisher angesetzten Prämissen besonders in Fremdenverkehrsgebieten zu richtigen Ergebnissen geführt haben?
24. Abgeordneter
**Gerstl
(Passau)**
(SPD)
- Kann es sein, daß die Nichteinbeziehung des Reise-sonderverkehrs und eine modifizierte Kostenertragsrechnung mit marginalen Elementen zu Fehlentscheidungen bei Stilllegungsanträgen geführt hat und deshalb der Entlastungserfolg des Haushalts der Deutschen Bundesbahn nicht eingetreten ist?
25. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wird die Bundesregierung den Vorstand der Deutschen Bundesbahn veranlassen, das Gutachten der Kienbaum International Chefberatung GmbH vom April 1983 dadurch zu ergänzen, daß statt der Schließung von Ausbesserungswerken im Zonenrandgebiet und der Personalaufstockung bei Ausbesserungswerken in anderen Gebieten die Alternative eingehend untersucht wird, durch Arbeitsverteilung die Arbeitnehmer im Zonenrandgebiet zu beschäftigen und dadurch den Forderungen des Zonenrandförderungsgesetzes zu entsprechen?
26. Abgeordneter
Kißlinger
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob, und wenn ja, wann die Deutsche Bundesbahn in Ostbayern die Strecken Bayerisch-Eisenstein – Zwiesel, Zwiesel – Bodenmais, Zwiesel – Grafenau stilllegen wird?
27. Abgeordneter
Kißlinger
(SPD)
- Ist sich die Bundesregierung dessen bewußt, daß ein Abkoppeln des ostbayerischen Grenzraums vom Schienennetz zu einer bedrohlichen Schädigung des Fremdenverkehrs und der Wirtschaft führen wird, und fühlt sie sich deshalb veranlaßt, den Plänen der Deutschen Bundesbahn entgegenzutreten?

28. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß in der Bundesrepublik Deutschland weitaus mehr Kinderunfälle geschehen als in jedem anderen europäischen Land und in den USA, und wenn ja, wie erklärt die Bundesregierung diesen Umstand?
29. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, geeignete Maßnahmen zur Unfallverhütung zu ergreifen?
30. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Hat die Bundesregierung Einfluß darauf genommen, daß Straßenränder (Bundesstraßen und Bundesautobahnen) nicht mehr mit „Unkrautvernichtungsmitteln“ (wie z. B. mit dem Total-Herbizid Anox M) behandelt werden, oder aus welchen Gründen hält sie die Anwendung solcher Mittel für unumgänglich?
31. Abgeordneter
Pauli
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung die Einführung von Autobahngebühren, wie dies laut der Wochenzeitung „Vorwärts“ vom 12. Mai 1983 von führenden CDU/CSU-Politikern gefordert wird, und soll hierbei zwischen deutschen und ausländischen Autofahrern unterschieden werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

32. Abgeordnete
Frau Fuchs
(Verl)
(SPD) Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, um im Jahr 1983 sowie in den folgenden Jahren zu gewährleisten, daß alle Auszubildenden zum Fernmeldehandwerker in eine ausbildungsgerechte Beschäftigung von der Deutschen Bundespost übernommen werden?
33. Abgeordneter
Delorme
(SPD) Ist der Vorwurf der Deutschen Postgewerkschaft berechtigt, daß 130 Auszubildende der Oberpostdirektion Koblenz nicht in ihrem erlernten Beruf weiterbeschäftigt werden sollen, obwohl es im gleichen Bezirk 370 freie Stellen im Fernmeldewesen gibt?
34. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU) Welche Notwendigkeit bestand für die Neufassung verbindlicher „Vorschriften über die Dienstkleidung bei der Deutschen Bundespost (DKIVo)“, und welche Vorkehrungen sind dafür getroffen, „das Tragen der Dienstkleidung . . . zu überwachen“?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

35. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD) Trifft es zu, daß durch relativ geringe finanzielle Mittel von Seiten des Auswärtigen Amts hausinterne Sprachkurse in Deutsch bei den Vereinten Nationen ermöglicht werden könnten und so durch die Förderung des bei den Bediensteten vorhandenen Interesses ein wichtiger Beitrag zur Verbreitung der deutschen Sprache sogar nach dem ökonomischen Handlungsprinzip erzielt würde?

36. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD) Wenn ja, warum wurde dann eine inoffizielle Anfrage bezüglich der dafür benötigten finanziellen Unterstützung negativ beschieden (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. April 1983 „Auswärtiges Amt vernachlässigt deutsche Sprache“ von Dr. Ruprecht Paqué)?
37. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Welche Aufgaben obliegen innerhalb der Bundesregierung dem im Auswärtigen Amt eingerichteten „Beauftragten für internationale Medienpolitik“, und welche rechtliche Qualität hat diese Bezeichnung?
38. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Welche Zusagen zur weiteren Einschränkung des Osthandels hat die Bundesregierung bei der letzten NATO-Rats-Ministertagung gemacht, und inwieweit stellt dies eine Abweichung von der bisherigen Politik dar?
39. Abgeordneter
Sielaff
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß es bei der US-Regierung Überlegungen gibt, chemische Sprengköpfe für die Pershing II und die Marschflugkörper zu entwickeln, und weiß die Bundesregierung, für welche Länder die Stationierung dieser chemischen Sprengköpfe vorgesehen ist?
40. Abgeordneter
Sielaff
(SPD) Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, daß die US-Regierung das technische Know-how der C-Waffenproduktion nicht an andere Länder weitergibt, und plant die Bundesregierung Initiativen, um im UN-Abrüstungsausschuß in Genf einen Forschungsstopp für C- und Toxinwaffen zu erreichen?
41. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Handelt es sich bezüglich der Rechtsnatur des NATO-Doppelbeschlusses um eine völkerrechtliche Verpflichtung der Bundesregierung der früheren Koalition, die von der jetzigen Bundesregierung den NATO-Vertragspartnern gegenüber bestätigt wurde, oder welche andere Rechtsnatur hat der NATO-Doppelbeschluß?
42. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung im Sinne der westlichen Wertegemeinschaft die Auffassungen, die den Zielen der durch den US-Präsidenten Reagan proklamierten „Woche der in Unfreiheit lebenden Nationen“ zugrundeliegen, z.B. was die Selbstbestimmung, die Freiheit und die notwendige Verteidigungsbereitschaft sowie die Unabhängigkeit der Völker („wenn freie Menschen frei bleiben wollen, müssen sie auch die Freiheit anderer verteidigen“) betrifft?
43. Abgeordneter
Pauli
(SPD) Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der humanitären Arbeit des Deutschen Komitees Not-Ärzte e.V. in zahlreichen Projekten in Notstandsgebieten in aller Welt bei?
44. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Sind die Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland veranlaßt worden, am Tag der deutschen Einheit die Flagge der Bundesrepublik Deutschland zu hissen, und welche Gründe waren gegeben, dies in den letzten Jahren nicht zu tun?

45. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD) Welche öffentlichen Aufgaben des Auswärtigen Amtes wären — die Richtigkeit der Aussage des Vertreters des BND vor dem Verwaltungsgericht Berlin im Verwaltungsgerichtsverfahren VG 19 A 329.82 unterstellt — ernstlich gefährdet worden, wenn dem stellvertretenden Leiter des Referats 510 und dem Leiter der Unterabteilung Verwaltung im Auswärtigen Amt eine Aussagegenehmigung zu der Frage erteilt worden wäre, ob und inwieweit Informationen hinsichtlich politischer Aktivitäten türkischer Staatsangehöriger über deutsche Behörden — insbesondere aus Asylverfahrensakten — gegebenenfalls unter Mitwirkung der Nachrichtendienste türkischer Behörden zur Kenntnis gelangen können, und warum war es nicht möglich, diese Gründe gegenüber dem Verwaltungsgericht näher zu substantieren?
46. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD) Inwieweit beabsichtigt das Auswärtige Amt, Herrn Sternberg-Spohr gegebenenfalls durch ein gerichtliches Widerrufsverfahren zu zwingen, seine Behauptung über das Gespräch mit einem Beamten des Auswärtigen Amtes entweder zu beweisen, oder zu widerrufen oder wie will das Auswärtige Amt sonst sicherstellen, daß Verwaltungsgerichte weiterhin auf Grund dieses Gesprächsvermerks davon ausgehen, daß es eine asylbegründende Zusammenarbeit zwischen deutschen und türkischen Behörden bei Asylanträgen türkischer Staatsangehöriger gibt?
47. Abgeordneter
Reents
(DIE GRÜNEN) Trifft nach Kenntnis der Bundesregierung die Information aus dem „Bericht einer Untersuchungskommission der Fédération Internationale des Droits de l'Homme“ (27, rue Jean-Dolent, F 75014 Paris) vom Januar 1983 zu, derzufolge die seit 1982 bestehenden Spezialgefängnisse (sogenannte Gefängnisse vom Typ E) von Canakkale, Malataya und Bartin in der Türkei mit Unterstützung von westdeutschen Spezialisten gebaut worden sind, und wenn ja, worin bestand dann diese Unterstützung?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

48. Abgeordneter
Reents
(DIE GRÜNEN) Gibt es Vereinbarungen zwischen dem Bundesinnenministerium oder nachgeordneten Behörden und dem amerikanischen Verteidigungsministerium oder Dienststellen der US-Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland über die polizeiliche und militärische Sicherung US-amerikanischen Militärgeländes in der Bundesrepublik Deutschland bei zu erwartenden Demonstrationen gegen die Raketenstationierung im Herbst dieses Jahrs, und wenn ja, worin bestehen diese Vereinbarungen?
49. Abgeordneter
Verheyen
(Bielefeld)
(DIE GRÜNEN) Beabsichtigt die Bundesregierung, generell auf gewaltfreie Widerstandsaktionen der Friedensbewegung mit dem Einsatz massiver Gewaltmittel zu reagieren, um hierdurch eine abschreckende Wirkung zu erzielen?
50. Abgeordneter
Drabiniok
(DIE GRÜNEN) Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Anteil der Abgasbelastung durch den gewerblichen mit Dieselmotoren betriebenen Lastwagenverkehr ein?

51. Abgeordneter
Drabiniok
(DIE GRÜNEN) Sind der Bundesregierung Untersuchungen bekannt, daß durch den Einbau von Katalysatoren die Schadstoffbelastungen bei dieselbetriebenen Lastkraftwagen reduziert werden können, und wenn ja, welche Schadstoffe würden um wieviel Prozent vermindert?
52. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) Welche Entscheidungen für die Reduzierung der Luftbelastung mit Schadstoffen aus Autoabgasen haben die für Umweltfragen zuständigen Minister der Gemeinschaft auf ihrer Tagung in Luxemburg getroffen?
53. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Versuche Moskau-orientierter Kommunisten, Einfluß auf die Arbeitslosenbewegung zu gewinnen?
54. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU) Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über Absichten von Linksextremisten aus der „Anti-Raketen-Bewegung“ vor, den Besuch des US-Vizepräsidenten Bush am 25. Juni 1983 in Krefeld anläßlich der Feierlichkeiten zum 300. Jahrestag der Auswanderung Deutscher nach Nordamerika zu Demonstrationen oder Störungen im Sinne ihrer politischen Zielsetzungen zu nutzen?
55. Abgeordneter
Fellner
(CDU/CSU) Ist es der orthodox-kommunistisch beeinflussten VVN-BdA auf ihrem Bundeskongreß vom 13. bis 15. Mai 1983 in Hamburg, an dem neben Vertretern der DKP und ihrer Vorfeldorganisationen die Repräsentanten von 18 sogenannten Bruderverbänden aus dem Ausland und der DDR sowie Abordnungen diplomatischer Vertretungen der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder teilnahmen, gelungen, über diese Kreise hinaus politische Resonanz zu finden, und wenn ja, wie äußerte sich dies?
56. Abgeordneter
Fellner
(CDU/CSU) Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Ziele und den Teilnehmerkreis der auf Initiative des sowjetisch gesteuerten Weltfriedensrats für Ende Juni nach Prag eingeladenen „Welt-Versammlung für Frieden und Leben, gegen Atomkrieg“ vor?
57. Abgeordneter
Dr. Blank
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung Inhalt und Ziel der rechtsextremistischen Schriftenreihe „Historische Tatsachen“, die vom Verlag für Volkstums- und Zeitgeschichtsforschung herausgegeben wird?
58. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, entsprechend dem IV. Genfer Abkommen zum Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten ein Erkennungsmarkengesetz vorzulegen?
59. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei Truppenübungen von belgischen Soldaten im Rahmen der Truppenverpflegung Küchenabfälle und Speisereste nur oberflächlich abgedeckt werden, so daß dadurch Gefahren für die freilebende Tierwelt entstehen und sogar Schweinepest bei Schwarzwild vorgekommen ist, da die belgischen Nahrungsmittelbestimmungen nicht so streng sind wie die deutschen, und besteht seitens der Bundesregierung die Möglichkeit, auf belgische Truppenverbände Einfluß zu nehmen, die Beseitigung von Nahrungsmittelresten bei Truppenübungen hygienischer und umweltfreundlicher vornehmen zu lassen?

60. Abgeordneter
Wartenberg
(Berlin)
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Befürchtungen der Mitgliedsorganisationen der Vereinigung für internationale Zusammenarbeit (VIZ), daß durch die neuen Bestimmungen zur Visumpflicht für Ausländer bei zeitlich befristetem Aufenthalt zum Zweck der Aus- und Fortbildung zukünftig Ausländer in geringerem Maß die Aus- und Fortbildung statt in der Bundesrepublik Deutschland in anderen Industriestaaten absolvieren werden?
61. Abgeordneter
Wartenberg
(Berlin)
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, die neuen Bestimmungen zur Visumpflicht bei Aufenthalt für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen zu modifizieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

62. Abgeordneter
Grobecker
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß z. B. die Firmen Brinkmann, Bremen, und Reemtsma, Hamburg, eine Produktionsverlagerung nach Berlin unter Berufung auf das neue Berlinförderungsgesetz beabsichtigen, wobei in Bremen rund 350 und in Hamburg rund 460 Arbeitsplätze abgebaut, aber in Berlin je Firma nur ca. 50 Arbeitsplätze neu geschaffen werden sollen?
63. Abgeordneter
Grobecker
(SPD) Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die genannten Fälle nicht dem Sinn und Zweck des Berlinförderungsgesetzes entsprechen, nämlich neue, zusätzliche und hochwertige Arbeitsplätze in Berlin zu schaffen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
64. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD) Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, ob bereits jetzt positive Auswirkungen auf die Wirtschaftsstruktur Berlins nachgewiesen werden können, die auf das im letzten Jahr verabschiedete Dritte Gesetz zur Änderung des Berlinförderungsgesetzes zurückzuführen sind?
65. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die arbeitsplatzmäßigen Auswirkungen des Berlinförderungsgesetzes auf das übrige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland?
66. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD) Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, warum an den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland zu den Nachbarstaaten der übrigen Mitgliedstaaten der EG, also an den Binnengrenzen, noch Schilder — Douane-Zoll — stehen, wo doch seit mehr als zehn Jahren zwischen den auf dem Festland liegenden Mitgliedstaaten keine Zölle mehr erhoben werden?
67. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die falschen und europarechtlich rechtswidrigen Schilder durch entsprechende Schilder zu ersetzen, wie sie zwischen den Ländern Belgien und Luxemburg bestehen, die entweder auf eine Landesgrenze hinweisen oder darauf, daß dort Steuern erhoben werden?

68. Abgeordneter
Bohl
(CDU/CSU) Welche konkreten Vorstellungen hat die Bundesregierung über die Zerlegungsregelung des Feuer-
schutzsteuergesetzes, die ab 1. Januar 1984 die zur
Zeit noch geltende Regelung ersetzen soll, und wann
wird die Bundesregierung den entsprechenden Gesetz-
entwurf einbringen, der schon für Herbst 1982 ange-
kündigt war?
69. Abgeordneter
Michels
(CDU/CSU) Wie hoch ist das Finanzvolumen, das die öffentlichen
Haushalte (Bund, Länder, Gemeinde, Bundesbahn
und Bundespost) im Jahr 1982 für das 13. Monats-
gehalt bereitgestellt haben?
70. Abgeordneter
Michels
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Berechnungen vor, wel-
ches Geldvolumen eingespart werden könnte, falls
das 13. Monatsgehalt bei den oben erwähnten Grup-
pen auf 2000 DM begrenzt würde?
71. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) Teilt die Bundesregierung die öffentliche Kritik an
den Methoden der Lebensversicherungen, die teil-
weise bei vorzeitiger Kündigung zum Nachteil der
Versicherten noch nicht einmal die Hälfte der einge-
brachten Beiträge zurückzahlen, und wenn ja, was
kann das Bundesaufsichtsamt in diesem Sinn un-
ternehmen?
72. Abgeordneter
Collet
(SPD) Welches waren die sachlichen und für den Haus-
halt 1983 relevanten Gründe der Bundesregierung,
die am 1. Juli 1983 wirksam werdende Mehrwert-
steuererhöhung sowie die Investitionssteuervorlage
(Ergänzungsabgabe) einzubringen?
73. Abgeordneter
Collet
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, alle ausgabewirk-
samen Leistungsgesetze der letzten 13 Jahre, die mit
Zustimmung des Bundesrats zustande kamen, aus
Haushaltsgründen zu novellieren, und wie will die
Bundesregierung die Haushaltsmittel wieder herein-
holen, die ebenfalls mit Zustimmung des Bundesrats
für Konjunkturprogramme — wie z. B. für das Zu-
kunftsinvestitionsprogramm — verbraucht wurden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

74. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Welche Zugeständnisse hat die Bundesregierung
bisher beim Verfahren und den Listen im Rahmen
des COCOM gegenüber amerikanischen Forderungen
machen müssen?
75. Abgeordneter
Reimann
(SPD) Was hat der Bundeskanzler bis jetzt nach seiner Zu-
sage gegenüber der Belegschaft und der Firmenlei-
tung (die Arbeitsplätze der Aluminiumhütte zu
sichern) getan, um den weiteren Erhalt des Alumi-
numwerks in Ludwigshafen zu garantieren?
76. Abgeordneter
Reimann
(SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung,
um den Fortbestand der qualitativ hochwertigen
und arbeitsplatzsichernden Aluminiumhütte für
die Zukunft zu sichern, und kann die Firmen-
schließung zum Frühjahr 1984 verhindert werden?

77. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Über welche Anträge und Genehmigungen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz hat die Bundesregierung seit dem 1. Oktober 1982 entschieden?
78. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung eine Änderung der restriktiven Waffenexportpolitik?
79. Abgeordnete
Frau
Dr. Hamm-
Brücher
(FDP) Bestehen in der Bundesregierung Überlegungen für einen verstärkten Rüstungsexport nach Saudi-Arabien?
80. Abgeordnete
Frau
Dr. Hamm-
Brücher
(FDP) Bestehen insbesondere Überlegungen zur Lieferung von Leopard II-Panzern nach Saudi-Arabien?
81. Abgeordneter
Frau
Nickels
(DIE GRÜNEN) Für welche der in Teil I Abschnitt C der Ausfuhrliste — Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung — aufgeführten Warennummern werden von der Bundesregierung Ausfuhrgenehmigungen für Südafrika erteilt, und für welche dort aufgeführten Warennummern werden solche Genehmigungen nicht erteilt?
82. Abgeordneter
Schwenninger
(DIE GRÜNEN) Wie groß wäre der zeitliche Aufwand für die Bundesregierung zur Beantwortung meiner Frage nach dem Umfang der Ausfuhren von „sonstigen Waren von strategischer Bedeutung“ gemäß AWW, AL I C nach Südafrika seit November 1977 dafür, die Beträge der Genehmigungen für diese Waren durch Kopfrechnen, unter Zuhilfenahme eines Taschenrechners, oder durch Anfertigungen von Computerausdrucken zusammenzurechnen, und ab welchem zeitlichen Aufwand beantwortet die Bundesregierung Fragen von Mitgliedern des Bundestages nicht mehr?
83. Abgeordneter
Schwenninger
(DIE GRÜNEN) Hat die Bundesregierung Gründe, von einem bestimmten zeitlichen Aufwand ab Fragen von Mitgliedern des Bundestages nicht mehr zu beantworten, und wenn ja, welche?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

84. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Glaubt die Bundesregierung, daß durch den Gesetzentwurf des Bundesrats zur Änderung des Tierschutzgesetzes (Drucksache 9/246) die Zahl der Versuche an Hunden und Katzen vermindert und dem Diebstahl von Hunden und Katzen für Tierversuche entgegengetreten werden kann, und wenn nein, welche Alternative würde sich hier anbieten?
85. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß das in der Bundesrepublik Deutschland verbotene Gänsestopfen den Tatbestand einer extremen Tierquälerei erfüllt (so Prof. Dr. Jürgen Nicolai, Institut für Vogelforschung „Vogelwarte Helgoland“ in Wilhelmshaven)?

86. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Ist der Bundesregierung das besondere Förderungsprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen (Richtlinien für die Förderung von Investitionen zur umweltfreundlichen Tierproduktion vom 3. Juli 1978), das durch Zuschüsse den Bau und die Erweiterung von „Lagerungsstätten für Dung und Gülle (Jauche) mit einer Lagerungsmöglichkeit für die Dauer von mindestens sechs Monaten“ anregt und ermöglicht, bekannt, und inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, bei positiver Beurteilung dieses Förderungsprogramms eine bundeseinheitliche Förderung solcher umweltfreundlichen Anlagen zu beschließen bzw. auch die übrigen Bundesländer zu einem einheitlichen Förderungsprogramm anzuregen?
87. Abgeordneter
Carstensen
(CDU/CSU) Wie wird sich nach Meinung der Bundesregierung die neue Kategorieneinteilung von Schlachtrindern in Jungbullenfleisch und Bullenfleisch auf den Erlös und die Ertragslage landwirtschaftlicher Betriebe in traditionellen Weidemastgebieten auswirken?
88. Abgeordneter
Carstensen
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung bei der Einstufung von Rindern in die Schlachtwertklasse B Abschläge bei den Preisen bei guter Qualität dieser Rinder aus der Weideendmast für gerechtfertigt?
89. Abgeordnete
Frau
Dr. Bard
(DIE GRÜNEN) Beabsichtigt die Bundesregierung, gesetzliche Initiativen zur Überwachung von PSE-Fleisch zu ergreifen, und wenn ja, welche?
90. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Einkommen der Winzer im Weinbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer seit Jahren hinter den allgemeinen Einkommen zurückbleiben, und hat die Bundesregierung Vorstellungen, wie dieser absolut ungenügenden Einkommenslage der Mosel-Winzer abgeholfen werden kann?
91. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, ein Programm zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Situation in diesem Raum und mit besonderem Schwerpunkt zur Verbesserung der Situation der Mosel-Winzer einzuleiten und dazu neben anderen Finanzierungsmitteln auch nationale Mittel bereitzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

92. Abgeordneter
Weinhofer
(SPD) In welcher Höhe wurden in den Jahren 1981 und 1982 öffentliche Mittel (Zuschußzahlungen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Kurzarbeitergeld, Eingliederungshilfen, Darlehen) an die Firma Glashüttenwerk Phönix in Konstein, Landkreis Eichstätt, gezahlt?
93. Abgeordnete
Frau
Dr. Hickel
(DIE GRÜNEN) Wie kann die Bundesregierung ihre Bemühungen um die Kostendämpfung im Gesundheitswesen vereinbaren mit der Absicht, die AOK-Mitglieder zukünftig über 10 v. H. ihres Krankengelds als Beitrag zur Renten- und Arbeitslosenversicherung

- zahlen zu lassen, wodurch viele von ihnen nicht mehr imstande sein werden, sich das Nötigste zu beschaffen, das man braucht, um wieder gesund zu werden?
94. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Stimmen Informationen, daß die Bundesregierung beabsichtigt, das Sozialbudget nicht termingerecht vorzulegen, und welche Gründe hat sie gegebenenfalls zu diesem Schritt bewogen?
95. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung der Schwarzarbeit?
96. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU) Mit welchen Maßnahmen gedenkt sie dieser Entwicklung zu begegnen?
97. Abgeordnete
Frau Zutt
(SPD) Wie hoch sind die Aufwendungen der gesetzlichen Krankenversicherungen für Schwangerschaftsabbrüche bei sozialer Indikation, und in welchem Verhältnis stehen diese Aufwendungen zu den von den gesetzlichen Krankenversicherungen erbrachten Gesamtaufwendungen?
98. Abgeordnete
Frau Zutt
(SPD) Liegen der Bundesregierung Schätzungen vor, welche Folgekosten den gesetzlichen Krankenversicherungen entstehen würden, falls die volle Kostenübernahme gem. § 200 f RVO bei Schwangerschaftsabbrüchen infolge sozialer Indikation nicht mehr gewährleistet wäre und daher mit einem Anstieg illegaler Schwangerschaftsabbrüche gerechnet werden müßte?
99. Abgeordneter
Hoss
(DIE GRÜNEN) Wie viele Personen würden voraussichtlich von der geplanten Regelung betroffen, daß in Zukunft das Arbeitslosengeld nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung nicht mehr nach dem künftig erzielbaren Arbeitseinkommen, sondern nur noch nach der bisherigen Ausbildungsvergütung bemessen wird?
100. Abgeordneter
Hoss
(DIE GRÜNEN) Wird das voraussichtliche durchschnittliche Arbeitslosengeld der von dieser Regelung betroffenen Personen unter- oder oberhalb der Sozialhilfesätze liegen?
101. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Verfügt die Bundesregierung über Angaben darüber, wie hoch die Zahl der Arbeitslosengeld- bzw. Arbeitslosenhilfeempfänger ist, die Sozialhilfe erhalten, und wenn ja, wie lauten die entsprechenden Zahlen?
102. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Um wieviel wird das Einkommensniveau der Rentner, Ärzte und Zahnärzte auf Grund der haushaltsbegleitenden Gesetze und der weiteren von der Bundesregierung geplanten Maßnahmen bis einschließlich 1986 fallen gegenüber der Situation zum 31. Dezember 1982?
103. Abgeordneter
Dr. Hauchler
(SPD) Wie stellt sich die Bundesregierung zu der Forderung des Städtetagspräsidenten Rommel auf der 22. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetags, daß der Bund bei Dauerarbeitslosigkeit „in größerem Umfang die Sorge um den Lebensunterhalt der Betroffenen“ übernehmen müsse?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

104. Abgeordneter
Wimmer
(Neuss)
(CDU/CSU)
- Treffen Meldungen zu, nach denen das Königreich Belgien bereits 1982 der NATO gegenüber angekündigt haben soll, seine Einheiten aus dem gemeinsamen Luftverteidigungsgürtel, der aus Niki- und Hawk-Einheiten auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland besteht, abzuziehen, und was haben Bundesregierung und NATO unternommen, dennoch die Integrität und Funktionsfähigkeit der NATO-Luftverteidigung aufrechtzuerhalten?
105. Abgeordneter
Wimmer
(Neuss)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung darüber unterrichtet, daß in den zuständigen Ausschüssen des amerikanischen Kongresses erhebliche Bedenken gegen die Funktionsfähigkeit und die Kostenstruktur des amerikanischen Luftverteidigungssystems „Patriot“ geltend gemacht wurden, und wie beurteilt sie die Kostenentwicklung und Übereinstimmung des derzeitigen Entwicklungsstands von Patriot mit der ursprünglichen Planung für das System?
106. Abgeordnete
Frau
Dr. Czempiel
(SPD)
- Sieht das Bundesverteidigungsministerium eine Chance, seine Zustimmung zum Ausbau des Truppenübungsplatzes Wildflecken, der dem Vernehmen nach die modernste Schießbahn Europas erhalten soll, nochmals zu überprüfen und gegebenenfalls zurückzunehmen oder doch mit Auflagen zu versehen?
107. Abgeordnete
Frau
Dr. Czempiel
(SPD)
- Besteht noch eine Möglichkeit, mit den Streitkräften der USA dahin gehend zu verhandeln, daß beim Ausbau des Truppenübungsplatzes Wildflecken lebensbedrohende Auswirkungen wie Bodenerosion, Veränderungen des Gesamtwasserhaushalts, Gefährdung der Trinkwassergewinnung, nicht geregelte Abwasserbeseitigung und besonders die unerträgliche Lärmbelästigung für die Stadt Gersfeld sowie die Gemeinden Ebersburg und Poppenhausen verhindert werden?
108. Abgeordneter
Verheyen
(Bielefeld)
(DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung den Einsatz von Feldjägern, wie er am 11. Juni 1983 in der Generalfeldmarschall-Rommel-Kaserne in Augustdorf vorgenommen sein soll, wo gewaltfreie Demonstranten brutal geschlagen und mißhandelt worden sein sollen, für gerechtfertigt und mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel vereinbar, und hat die Bundesregierung Ermittlungen zum oben geschilderten Fall eingeleitet, um die genauen Vorfälle zu erkunden?
109. Abgeordnete
Frau
Nickels
(DIE GRÜNEN)
- Welche unausweichlichen Bedürfnisse der Bundeswehr machen es notwendig, daß – wie der „General-Anzeiger“ am 9. Juni 1983 berichtete – Teile des früheren Konzentrationslagers Esterwegen nun für Stationierungszwecke gebraucht werden soll?
110. Abgeordnete
Frau
Dr. Bard
(DIE GRÜNEN)
- Wieviel Tierversuche wurden 1981 und 1982 im Bereich wehrmedizinischer Forschung durchgeführt, und welchen Anteil haben daran Untersuchungen mit Substanzen, die biologischen und chemischen Waffen zuzurechnen sind?

111. Abgeordneter
Bachmaier
(SPD) Gibt der Bericht der Bad Mergentheimer „Taubzeitung“ vom 11. Juni 1983 Planungen der Bundeswehr, auf dem Gebiet der Gemeinde Igersheim (Baden-Württemberg) in der Nähe des Ortsteils Berndsfelden einen Heeresflugplatz zu bauen, „auf dem Hubschrauber stationiert werden sollen als Ergänzung für das Heeresfliegerregiment 30 in Niederstetten und als Ausbildungsort“, zutreffend wieder; und wie erklärt sie sich die Diskrepanz in den Stellungnahmen der Wehrbereichsverwaltung V durch Regierungsdirektor Simianer, der erklärte, „daß er von solch einem Projekt noch nie etwas gehört habe“, während der Leiter der Pressestelle Jinker die Planungen bestätigte?
112. Abgeordneter
Bachmaier
(SPD) Kann die Bundesregierung die Aussage des Igersheimer Gemeinderats Hans-Peter Kuhnhäuser gegenüber den „Fränkischen Nachrichten“, Bad Mergentheim, in der Ausgabe vom 11./12. Juni 1983 bestätigen oder dementieren, daß „das amerikanische Munitionslager Roggenwald im Raum Bad Mergentheim/Igersheim (Baden-Württemberg) erweitert werden soll“ und „die Vorbereitungen für die Erweiterung“ bereits „im Gange“ sind, und wie bewertet sie gegebenenfalls den Umstand, daß nach eigener Aussage weder die Gemeindeverwaltung Igersheim noch die Stadtverwaltung Bad Mergentheim von solchen Planungen unterrichtet sind?
113. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Deckt sich die Auffassung der Bundesregierung mit den Ausführungen des Parlamentarischen Staatssekretärs Würzbach, der in der Norddeutschen Rundschau vom 29. November 1982 erklärt hat, „... auf längere Zeit gesehen, wolle man den Offizier im fachtechnischen Dienst von unten her auflösen“?
114. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Werden nicht die — vom Bundeswehrverband gewünschten und inzwischen eingeführten — Spitzendienstgrade in Unteroffizierskorps dazu beitragen, die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Laufbahngruppen erheblich zu erschweren, und werden dadurch nicht auch alte überkommene Strukturen wieder eingeführt und verfestigt?
115. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) Wird die Bundesregierung die wehrpflichtigen Abiturienten, die nicht im Juli 1983, sondern erst im Herbst zur Bundeswehr einberufen werden, im kommenden Jahr vorzeitig aus der Bundeswehr entlassen, damit sie noch zum Wintersemester 1984/85 ihr Studium aufnehmen können?
116. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) Trifft es zu, daß die Kreiswehrrersatzämter angewiesen sind, Anträge von Jugendlichen, vertreten durch ihre gesetzlichen Vertreter, auf Kriegsdienstverweigerung, die bis zum 30. Juni 1983 gestellt werden, als „Nichtanträge“, d. h. als nicht gestellte Anträge, zu behandeln, und kommt dies gegebenenfalls nicht einer Rechtsverweigerung gleich?
117. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) Trifft es zu, daß Anweisungen bestehen, für Anträge auf Kriegsdienstverweigerung, die von Jugendlichen bis zum 30. Juni 1983 gestellt werden, keine Eingangsbestätigung zu erteilen?

Bonn, den 16. Juni 1983

